

FDP – Fraktion im Rat der Gemeinde Hövelhof

GR Rudi Lindemann
Fraktions-Vorsitzender



Rudi Lindemann, Gehastrasse 5, 33161 Hövelhof

An den Bürgermeister
der Gemeinde Hövelhof
Herrn Berens

33161 Hövelhof

Hövelhof, den 29.11.2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Namen der FDP-Fraktion bitte ich Sie, folgenden Antrag in den zuständigen Ausschuss auf der Grundlage des vorliegenden Prüfberichts der GPA aufzunehmen:

Der Rat der Gemeinde Hövelhof möge in seiner Sitzung am 13.12.2012 folgendes beschließen:

Rat und Verwaltung der Gemeinde Hövelhof verpflichten sich bei den Aufstellungen der Haushalte der kommenden Jahre dem anhaltenden Werteverzehr der Gemeinde Einhalt zu gebieten und den negativen Auswirkungen einer Haushaltssicherung energisch entgegenzuwirken.

Das negative Jahresergebnis wird bei der Aufstellung der Haushaltspläne 2014 bis 2016 sukzessive zurückgefahren, im Haushaltsplan 2017 ist eine schwarze Null zu schreiben.

Der Finanzplan wird bereits ab 2014 im Haushaltsplan ausgeglichen gestaltet.

Leitlinie der notwendigen Haushaltskonsolidierung bei Aufwendungen und Ertragsverbesserungen ist der GPA –Prüfbericht und die Ergebnisse der Beschlüsse des Gemeinderats in Folge.

Der Rat mit seinen Ausschüssen, unterstützt von der Verwaltung, erarbeitet hierzu die entsprechenden Beschlüsse bis zur Sommerpause 2013.

Begründung und detaillierter Handlungsempfehlungen:

Das für das Haushaltsjahr 2013 geplante negative Ergebnis von -1,848 Mio. € bedeutet eine Verringerung der allgemeinen Rücklage von 4,97% und schrammt dabei wieder nur haarscharf am ersten Kriterium eines Haushaltssicherungskonzeptes vorbei, trotz der geplanten Anhebung von Gewerbe- und Grundsteuern.

- Die Feststellung der GPA, dass trotz der sich weiter verschlechternden Rahmenbedingungen es für die Gemeinde Hövelhof möglich erscheint, dass Hövelhof aus eigener Kraft den originären Haushaltsausgleich und damit die volle Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit wieder erlangen kann, ist das Ziel dieses Antrages.
- Die Komplexität unseres Haushaltes erfordert ein umsichtiges Vorgehen. Pauschale Ausgabenstreichungen, weitere Steuer-, bzw. Gebührenerhöhungen, wie sie gerade im Fall einer Haushaltssicherung drohen, würden für unsere Kommune zum Verlust der gewonnenen Standortvorteile führen und sind durch Verwaltung und Rat unbedingt zu vermeiden.
- Notwendigen Investitionen zur Erhaltung, bzw. Erneuerung der Infrastruktur und sonstigen kommunalen Werten soll eine höhere Priorität eingeräumt werden.
- Auch die freiwilligen Leistungen, die so genannten Standards sind auf den Prüfstand zu stellen. Ehrenamtliche Tätigkeiten sollen dabei nicht substantiell in ihrer Arbeit beeinträchtigt werden, aber auch an dieser Stelle ist Mitverantwortung und ein Solidaritätsbeitrag zu leisten.
- Überprüfen der Prozesse / Effizienz in den Produkten und Organisationseinheiten in Zusammenarbeit mit dem der Gemeinde unterstützenden Wirtschaftsprüfer und erarbeiten von Alternativen.
- Bei der Festlegung der notwendigen Investitionen sollen auch die Bürger rechtzeitig eingebunden werden. Mit dem Aufstellen eines Straßensanierungskonzeptes, inkl. der damit verbundenen Kosten bis 2020, bieten wir den Bürgern feste Planungsgrößen.
- Bereits bei der Erarbeitung der Haushaltspläne 2014-2017, also vor der Einbringung des Haushaltsplanes in den Rat, legt die Verwaltung vorher die wesentlich geänderten Positionen zur Haushaltskonsolidierung vor.

Wörtlich steht im Haushaltsplan (Seite 39, letzter Satz): "Um aber auch in Zukunft handlungsfähig bleiben zu können, ist es unausweichlich, der beschriebenen Entwicklung weiterhin energisch entgegenzusteuern."

Ein Rat, der dieses Statement der Verwaltung ignoriert, wird seiner Verantwortung nicht gerecht.

Gerade wenn die Ergebnisse von Verwaltung und Politik gemeinsam und mit Umsicht verantwortlich erarbeitet werden, können größere negative Auswirkungen auf Bürger und Unternehmen vermieden werden, wir kommen zu mehr Gerechtigkeit und erhalten mehr Transparenz für Entscheidungsfindung.

Rudi Lindemann